

AGS:NACHRICHTEN

Herausgeber: Landesvorstand der
AGS NRW | NEU: www.agsnrw.de

Ausgabe Nr. 74 | Dez. 2013

INFORMATIONSDIENST DER ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTÄNDIGE IN DER SPD

seite 1



EIN BESSERES LAND
KOMMT NICHT VON ALLEIN.

Da haben wir die Bescherung!

St. Angela beschert uns die GroKo. Sigmar, ihr neuer Knecht Ruprecht, empfiehlt dringend und mit Nachdruck: Annahme des Geschenks! Aber WIR werden abwägen und selbst entscheiden, ob wir dieses Geschenk annehmen.

„Fragen und Antworten“, so heißt ein Flyer des SPD-PV mit Informationen zum Mitgliedervotum über den Eintritt der SPD in eine Große Koalition, die „GroKo“. Die Fragen und erst recht die Antworten beziehen sich aber nur auf den Ablauf des Mitgliedervotums! Offen bleibt die Antwort auf die Frage: Sollen wir? Oder besser nicht?

Wir sollten und werden unseren AGS-Mitgliedern keinen Ratschlag geben, wie sie abstimmen sollen. Unsere Mitglieder sind souverän genug, selbst und selbstverantwortlich zu entscheiden. Unser Parteiprogramm ist bekannt. Einen Vergleich zwischen dem Koalitionsvertrag und dem Beschluss des Parteikonvents, der als Entscheidungshilfe dienen kann, hat die NRWSPD erstellt – wenngleich dort Hinweise auf das fehlen, was als „nicht verhandelbar“ galt und deshalb erst gar nicht erwähnt wird. Wir empfehlen, einen Abgleich zu machen zwischen dem, was jedem von uns persönlich wichtig und dem, was mit der CDU/CSU laut Vertrag umsetzbar ist. Bitte berücksichtigt, dass jeder von uns auch für diejenigen Verantwortung trägt, denen mit dem Vertragsabschluss Wünsche erfüllt werden und auf die auf die Umsetzung hoffen. Und erst dann sein Kreuz zu machen.

Die Wähler hätten gemäß Umfragen gerne unser Programm gewählt **und** Frau Merkel als Königin-Mutter der

Nation. Mutti war ihnen in den Wahlkabinen wichtiger. Und es zeichnete sich ja bereits ab: Mutti **und** unser Programm – das gibt's beides: In der GroKo. Insoweit ist der aktuell artikulierte Machtanspruch der CDU/CSU nicht so eindeutig, wenn man neben dem Wahlergebnis auch die Stimmung in der Bevölkerung berücksichtigt. Nun soll es nicht Kanzlerin Merkel und unser Programm, sondern Kanzlerin Merkel und rote Farb-Flecken im Programm geben. Vielleicht wäre es besser gewesen, wir hätten eine GroKo ausgeschlossen und die Bürger vor die Wahl gestellt: Merkel *ohne* Programm, **oder** Peer, *mit* Programm. Hätte, hätte – Fahrradkette!

Unsere Leute am Verhandlungstisch haben sich alle Mühe gegeben, möglichst viel von unserem Programm umzusetzen. Das ist besser gelungen, als realistisch gesehen zu erwarten war – wenngleich die frühzeitige Aufgabe des Ziels nach mehr Steuergerechtigkeit nicht verständlich ist. Die Finanzierung der vereinbarten Wohltaten erscheint allerdings als eine Hypothek auf die Zukunft, einzulösen durch die nächsten Generationen. Eine solide, langfristige Finanzierung ist nicht erkennbar, auch wenn St. Angela behauptet, es wäre alles gut durchgerechnet.

Sollten wir, völlig unerwartet und unvorhersehbar, in den nächsten Jahren kein Super-Wirtschaftswachstum erhalten, könnte man ja noch einmal über alte Steuerpläne nachdenken. Evtl. endlich auch über die Rücknahme des Mövenpick-Steuer geschenks und des Betreuungsgeldes. Oder kommen dann „unsere“ Vertragsanteile in die Tonne?

Um nicht missverstanden zu werden: Ich lehne die GroKo nicht grundsätzlich ab. Aber eine Entscheidung, wie auch immer, wird mir nicht leicht fallen. Und so geht es vielen SPD-Mitgliedern!

Inhalt

seite 1

Da haben wir die Bescherung!...1

Parteileben

Sven Kaerkes: „Entscheidet Euch, Genossen“2
 „Wenn wir schreiten Seit an Seit“ – Bericht vom Leipziger Bundesparteitag.....3
 Prof. Dr. Michael Hamann: „Aufbruch zu neuen Ufern? Alte Ufer sind nicht erreicht.“4
 Zwei Kommentare zur Großen Koalition: **PRO** und **CONTRA**8

Wirtschaft

Breitband: In Europa ist Deutschland Mittelmaß7

Ausbildung

DGB: Ausbildungsreport zeichnet trauriges Bild10
 Qualität der dualen Ausbildung: Bundesweit vorzeigbar10

Finanzen

Basel III-Auswirkungen: Land unterstützt Unternehmen mit breitem Angebot11

Handwerk

FES-Fachgespräch: „Strukturwandel im Handwerk“12

Nachruf

HG Butzko zum Tode von Dieter Hildebrandt13

Kurz & gemischt

Unsere Kurznachrichten.....14

Service

Termine, Redaktionsschluss, Impressum14

AGSNRW interaktiv

eMail: info@ags-in-nrw.de
Internet: www.agsnrw.de *(neu)*
Facebook: AGSNRW
Twitter: @agsnrw

Forts. „Da haben wir die Bescherung!“

Wenn allerdings die Mitglieder abgestimmt haben, sollten wir alle das Ergebnis respektieren und mittragen. Und diejenigen, die zur Gruppe der Abstimmungs-Unterlegenen gehören, sollten sich ebenfalls als Gewinner fühlen. Sie haben mitgemacht und mitentschieden. Sie wurden gefragt und haben geantwortet. Wenn dann letztlich die Entscheidung der Mehrheit der Mitglieder anders als die eigene ausfiel, sollten sie sich darüber im Klaren sein, dass es für beide Voten gute Gründe gibt. Und sich als Mit-Gewinner bei der Verwirklichung von Basis-Mitbestimmung fühlen.

Der CDU/CSU-Kanzlerwahlverein und auch die Grünen werden unruhig,

wenn sie von ihrer Basis nach Mitbestimmung gefragt werden. Wir praktizieren sie. Jedenfalls dann, wenn wir uns an der Abstimmung beteiligen.

Also: **MITMACHEN! MITENTSCHEIDEN!** Und wenn dann das **WIR** entschieden hat: **SOLIDARITÄT** üben! Das können wir seit 150 Jahren.

In diesem Sinne, trotzdem – oder gerade deswegen: Ihnen/Euch allen ein Frohes Fest und Glück auf! <



André Brümmer
 Vorsitzender der AGSNRW

PARTEILEBEN

Sven Kaerkes, AGS-Bundesvorsitzender: Entscheidet euch, Genossen!

Liebe AGS-Mitglieder,
 liebe Genossinnen und Genossen,

wir als Selbständige sind es gewohnt, schwierige Entscheidungen zu treffen. Wir wissen aus unserer beruflichen Tätigkeit heraus, dass man dabei richtige Entscheidungen nur treffen kann, wenn man auch den ganzen Sachverhalt kennt.

Deshalb hat sich der Bundesvorstand der AGS aus guten Gründen einer Kommentierung von Zwischenständen in den Koalitionsverhandlungen enthalten. Aber jetzt liegt der Ball auf

dem Punkt, und jetzt gilt es mitzuentcheiden.

Wer selbständig ist, will etwas bewegen. Und etwas verändern zu wollen, ist auch die treibende Kraft hinter 150 Jahren SPD. In diesem Sinne bitte ich Euch auch namens des gesamten Bundesvorstands: Zeigt, dass die SPD eine lebendige Partei ist und nimmt an der Mitgliederbefragung teil! <



Mit solidarischen Grüßen
Sven Kaerkes
 AGS-Bundesvorsitzender

➔ http://www.spd.de/aktuelles/112760/20131127_koalitionsvertrag_uebersicht.html

PARTEILEBEN

„Wenn wir schreiten Seit an Seit ...“

Bericht vom Bundesparteitag in Leipzig

Auf dem Bundesparteitag der SPD in Leipzig wurde der Gleichschritt von der Parteibasis verweigert. Das gemeinsame Ziel war und ist wohl noch unklar und umstritten.

Wie heißt es weiter so schön in „unserem“ Lied: „Mit uns zieht die neue Zeit!“ Dazu wollten die Delegierten zu gerne wissen, was die neue Zeit bringt. Der Parteitag kam zu einer ungünstigen Zeit:

1. Die Wunden des Wahlergebnisses sind noch frisch, eine Wahlanalyse, ggf. mit Schlussfolgerungen, geschah nur halbherzig. Nachdem Peer und Sigmar die Verantwortung für das Desaster pauschal auf sich genommen hatten, konnte sich unsere Generalsekretärin bequem wegducken. Aber das Wahlergebnis haben wir alle mit zu verantworten.
2. Zur Frage des möglichen Eintritts in eine GroKo gab es noch wenig Entscheidungshilfen. Und die Entscheidung stand ja auch noch nicht an.
3. Eine offene, umfassende Aussprache über die Wahl war nicht angebracht, weil wir unsere Parteiführung nicht während der Koalitionsverhandlungen beschädigen wollten.

Hinweise auf die schlechte Stimmung der Delegierten waren die Wahlergebnisse. Die auf Parteitagsonst übliche Aufbruchstimmung wollte sich nicht einstellen. Dabei ist es wichtig, die Reihen zu schließen und positiv in die Zukunft zu sehen. Es gibt die Chance, einen Politikwechsel in Deutschland zu vollziehen. Nämlich dann, wenn es gelingt, ausreichend viele Punkte unseres Parteiprogramms in einen Koalitionsvertrag einzubringen und der Klientel-

politik von CDU und CSU entgegenzusetzen. Das könnte gut für uns und unser Land werden. *Könnte ...*

Ein bisschen Aufbruchstimmung wäre auch für die erste Jahreshälfte 2014 vorteilhaft. Es stehen NRW-Kommunal- und Europawahlen an. Zumindest für die Europawahlen gelang Martin Schulz ein guter Aufschlag. Die Delegierten waren von seiner Rede mitgerissen und zollten ihm nicht nur „Standing Ovations“, sondern auch ein sehr gutes Wahlergebnis: 97,9 %!

Die AGS war, zusammen mit den anderen Arbeitsgemeinschaften, mit einem Gemeinschaftsstand auf dem Parteitag vertreten. Das ergab Gelegenheiten zu interessanten Gesprächen. Dazu gehörten Vertreter der Seeheimer genauso wie Hilde Mattheis. Sie erhielt unseren Soloselbständigen-Flyer, mit den besten Grüßen vom „Klassenfeind“. Gäste waren außerdem Mike Groschek, André Stinka, unser AGS-Ehrentsvorsitzender Jürgen Vahlberg und viele andere.



André Brümmer mit Mike Groschek (o.) und André Stinka (m.).
Unten: Standing Ovations nach der Rede von Martin Schulz.



PARTEILEBEN

Gastkommentar von Prof. Dr. Michael Hamann (Vors. AGS NDS): Aufbruch zu neuen Ufern? Alte Ufer sind nicht erreicht!

Vor dem Aufbruch zu neuen Ufern sollten wir, sollte die SPD erst einmal nachdenken, warum man die alten Ufer nicht erreicht hat. Dabei hilft eine Wahlanalyse 2013!

Vorrangig sollten wir meines Erachtens zunächst aus unseren Fehlern lernen, um unsere zukünftigen Wahlchancen zu verbessern. Die Wahlkampfanalyse öffnet auch den Blick, was für die Koalitionsverhandlungen unverzichtbar sein sollte.

1. Unsere Wahlchancen

„2013 war Angela Merkel nicht zu schlagen“, diese Aussage ist völlig falsch. Mitte Juni 2012 lag die Union bei 33-34 %, die SPD stabil bei 30-31 %, die FDP schon unter 5% und die Grünen bei 13-14 %. Die Linke war zerstritten und mit sich selbst beschäftigt.

Fazit: Rot/Grün hatte im Sommer 2012 den sicheren Sieg vor Augen.

Doch von Juni 2012 an lief alles ganz anders.

2. Unser Kandidat

Peer Steinbrück war und ist sicherlich ein Superkandidat für die Lösung der aktuellen Probleme, Europa und Euro-Krise, Finanzmarktregulierung etc.. Er ist erwiesenermaßen der beste Steuermann für einen wirtschaftlichen Aufschwung und für die Bewältigung von Krisensituationen. Er unterhält beste Kontakte und ist gut vernetzt in der Wirtschaft, als Finanzminister hatte er bereits sein eigenes „Wirtschaftsfo-

rum“ aufgebaut, an dem „alle“ teilnahmen: Löscher, Wiedeking, Winterkorn, verschiedene Banker, Reitzle usw.

Fehler: Die frühe Kandidatenkür.

Ohne Not wurde Peer am 28.09.2012, statt wie geplant im Januar 2013, als Kandidat benannt. Sage doch keiner, die Presse könne der SPD den Termin aufdrücken!

Der Kandidat stand da ohne Programm, ungeschützt ohne Kampa, zur Treibjagd für die Medien freigegeben. Statt einer Steinbrück-Vision für einen neuen Aufbruch haben wir uns wochenlang eine Diskussion über Vortragshonorare aufdrängen lassen.

Warum sind wir eigentlich nicht stolz darauf, dass die Wirtschaft so viel Geld bezahlt, um von einem Sozialdemokraten ihre Fehler vorgehalten zu bekommen? Wo war der PV, der sagte: „Da seht ihr, was wir für einen großartigen Wirtschaftsfachmann als Kandidaten haben. Alle reißen sich um ihn“.

Die eigenen Genossinnen und Genossen waren verunsichert, dass nunmehr ein „Millionärs-Peer“ für sozialen Ausgleich kämpfen sollte.

Fehler: Wir haben unseren eigenen Kandidaten selbst demontiert. Den Rest erledigten die Medien.

Von Stund' an wurde nur noch über Nebensächlichkeiten diskutiert. Nicht über ein Wahlprogramm der SPD, nicht über Visionen. Es gab kein eingespieltes Team, sondern die Kampa trottete im Hintergrund und hielt sich mutlos bedeckt, Peer versuchte, das mit einem eigenen Wahlkampf-Team teilweise wettzumachen, was auch kein zielführender Ansatz war. Sicherlich hat Peer späterhin in einigen Punkten im Wahlkampf überzogen. Doch die Presse hatte sich bereits darauf eingestellt, nur noch von Nebensächlichkeiten und nicht von Argumenten zu berichten. Mit der leidigen „Agenda 2010-Debatte“ haben wir unseren Kandidaten dann auch noch in den eigenen Reihen zerlegt.

Auf diese Weise schleppte sich der Vorwahlkampf auch in der Presse von einer Demontage zur nächsten. Über Diskussionen zum Kanzlergehalt, Clowns in Italien, Preise für guten Wein bis hin zum Stinkefinger demonstrieren die Medien unseren Kanzlerkandidaten. Es war ein medialer Shitstorm.

Es fehlte der Paukenschlag durch den Parteivorstand. Die Medien vermittelten den Eindruck von Absetzbewegungen, der Parteivorsitzende fachte seine eigene Sommerloch-Diskussion an.

PARTEILEBEN

Fehler: Festzustellen ist eine mangelnde Solidarität auch des Parteivorstandes mit dem Kanzlerkandidaten.

Was für ein Menetekel! Es bedurfte erst eines Sonderparteitages, um der Öffentlichkeit die Solidarität mit und die Unterstützung von Peer zu verdeutlichen. Doch zu diesem Zeitpunkt dümpelte bereits alles auf dem 25-26 %-Niveau bis zum Schluss des Wahlkampfes.

Die Solidarität der SPD-Führung mit dem Kanzlerkandidaten war mangelhaft. Es gab Streit um Inhalte, doppeldeutige Interpretationen etc.

Der Schulterschluss mit der Parteibasis blieb wackelig. Es blieb bei den vielen Vorbehalten. Noch immer war die SPD nicht geeint. Und schon gar keiner wagte es, stolz zu sein auf die Agenda 2010, bei allen Fehlern und Korrekturbedürfnissen.

3. Die Wahlkampforganisation

Fehler: Die Wahlkampforganisation blieb bis zum Schluss desaströs.

Mühsam koordinierten sich die Steinbrück-Wahlkämpfer mit der Kampa. Andrea wollte alles zentral regeln, war damit aber überfordert. Wählerinitiativen der Arbeitsgemeinschaften wurden zunichte gemacht. Die AGS musste ihren Mittelstandstag absagen. Der Druck von nicht regenfesten Wahlplakaten war sicherlich ein Meisterstück von Andrea.

Terminanfragen blieben über Monate unbeantwortet. Die AGS musste ihren Mittelstandstag, 5 Monate zuvor geplant, absagen. Von den 4 geplanten großen, bundesweiten AGS-Ver-

anstaltungen, die bereits im Januar 2013 durchgeplant waren, musste auch noch die Energie-Veranstaltung abgesagt werden. Ich selbst hatte den Kleinen Saal in der Stadthalle am 20.04.2013 für eine Veranstaltung zum Fachkräftemangel gebucht: abgesagt, da keine Zusage von der Kampa.

Fazit: Wir können von Glück reden, dass wir in der Schlussphase noch einen einigermaßen manierlichen Wahlkampf geliefert haben und Peer im TV-Duell seine Qualitäten ausspielen konnte und damit aufzeigte, wie der Wahlkampf hätte ablaufen können.

Fazit: Nicht der Kanzlerkandidat Peer Steinbrück, mit seinen sicherlich gemachten Fehlern, hat die Wahlschlappe der SPD verschuldet, sondern wir selbst mit unserer mangelhaften Kandidatenkür, mangelhaften Solidarität durch den Parteivorstand, der Verunsicherung der eigenen Mitglieder und der mangelhaften Wahlkampforganisation.

4. Unser Wahlprogramm

Die SPD wollte sich bewusst von der sozialdemokratisierenden Frau Merkel absetzen. Wir wollten nur nicht wieder die bessere CDU sein (ist das nicht bereits ein Riesenfehler?). Warum will die SPD nicht die bessere Volkspartei sein, warum Klientel-Partei – ist das zukunftssträftig?

Wir haben Wirtschaftskompetenz und die besseren Ideen für Wirtschaftswachstum. Wir sind die Finanzfachpartei. Wir sind die richtigen Partner für die Konsolidierung und Aufschwung in Europa. Wir sind die bessere CDU, in der Mitte der Gesellschaft!

Die SPD ist das soziale Gewissen dieser Gesellschaft. Das ist unser Markenzeichen seit 150 Jahren. Infratest dimap schreibt in der Wahlanalyse für die SPD, dass wir bei den niedrig Gebildeten und bei denen, die in prekären Verhältnissen leben, überdurchschnittlich viele Stimmen erhalten. Reicht das aus? Im Übrigen liegt die SPD schon bei den Arbeitslosen nur sehr knapp vor der CDU.

Bei den Arbeitern und Angestellten liegen wir schon sehr deutlich hinter der CDU. Das heißt, unser Programm ist für diese gesellschaftlichen Gruppen in der Mitte der Gesellschaft nicht attraktiv.

Und warum denkt keiner mal darüber nach, warum wir seit 2000 50 % unserer Wähler verloren haben? Die Mitte der Gesellschaft fehlte als Zielgruppe. Dort fehlten im Wahlkampf, anders als in unserem dicken Wahlprogramm, die Angebote.

Die CDU hat ein unpolitisches Programm, ein Wohlfühl-Programm für jedermann aufgestellt. Die Finanzierbarkeit war für die CDU Nebensache. **1,1 Millionen bisherige Nicht-Wähler** hat sie damit begeistert. **Wir** haben ein sehr politisches Programm aufgestellt, haben haarklein alle Einzelpunkte benannt, und damit auch viele Wähler verschreckt. **Nur 360 Tausend bisherige Nicht-SPD-Wähler haben unser Programm unterstützt.**

Unser Kardinalfehler: Steuererhöhungen konkret in Prozentsätzen zu benennen. Viel besser wäre es gewesen, unsere Ziele zu definieren und auf unterschiedliche Finanzierungsmöglichkeiten zu verweisen (Umschichtungen, aber auch Steuererhöhungen).

PARTEILEBEN

Vor allen Dingen darf man im Wahlkampf nicht an allen Steuerschrauben gleichzeitig drehen – Einkommenssteuer, Körperschaftssteuer, Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer. Steuern sind immer ein ganz neuralgischer Punkt. Die CDU versprach Wohlfahrt, die SPD Belastungen.

Für einen effektiven Wahlkampf kann man von Berlusconi lernen: Mit seinem blöden Argument „Abschaffung der Immobiliensteuer, ich zahle euch das Geld zurück“ hat er immerhin 20 % der Italiener auf seine Seite gebracht. Schon im Wahlkampf liefen viele zur Post und wollten sich das Geld auszahlen lassen.

Bei einer Detailbetrachtung ist sicherlich die Vermögenssteuer die problematischste SPD-Aussage gewesen. Werden nur Privatvermögen belastet, bringt sie nichts. Werden Betriebsvermögen belastet, dann ist sie schnell eine Substanzsteuer und verzehrt das ohnehin schon schwache Eigenkapital der Unternehmen. Zum Glück spielte die Vermögenssteuer-Diskussion im Wahlkampf eine nur geringe Rolle.

Und die Einkommenssteuer? Viele fühlen sich in dieser Gesellschaft reich. Im Übrigen wären bereits die VW-Angestellten mit der höheren Einkommenssteuer belastet worden. Wir haben ein belastendes, die Wirtschaft verunsicherndes Programm in einer labilen Zeit angeboten. Wen sollte das überzeugen? Das konnte auch ein Wirtschaftsfachmann wie Peer Steinbrück, dem man sicherlich Augenmaß und Sachverstand abgenommen wird, nicht überbrücken.

Dazu zwei Beispiele:

Beispiel 1: Mittelstand (70 % der Arbeitsplätze, 80% der Ausbildungsplätze!)

Der Mittelstand bettelt nicht um Unterstützung, aber er verlangt Regeln mit Augenmaß, z.B. Abbau der Bürokratie, gleiche Chancen im internationalen Wettbewerb, machbare Ansätze bei der energetischen Gebäudesanierung etc.

Ich weiß, es steht in unserem Wahlprogramm, dass die SPD für eine moderne Industrie- und Mittelstandspolitik eintritt. Aber hat das im Wahlkampf irgendjemand nach vorne getragen? Wurde das mit Beispielen thematisiert? Nein, stattdessen haben wir über die Auswirkungen unserer Steuererhöhungspläne diskutiert. Statt mit unserem Wirtschaftsfachmann Peer Steinbrück ein kompetentes Aufschwung-Programm für die Wirtschaft zu diskutieren, haben wir uns in ein Steuerbelastungs-Programm verstrickt.

Beispiel 2: Bürgerversicherung

Sigmar hat es auf dem Schlossplatz in Braunschweig selbst erlebt, als eine Arzthelferin zu ihm auf die Bühne kletterte und ihm vorhielt, dass er mit der Bürgerversicherung ihren Arbeitsplatz gefährde, denn ohne Privatversicherung könnte ihre Arztpraxis nicht weiter bestehen. Auch hier sieht man, wie sich unser richtiger Ansatz ins Gegenteil verkehrt, wenn man ihn nicht mit guten Argumenten absichert.

Fehler: Unser Wahlprogramm war ausgezeichnet. Im Wahlkampf haben jedoch ganz andere Themen die Diskussion dominiert. Mit unserem Belas-

tungs-Programm haben wir die Wähler verschreckt, und andererseits die CDU mit ihrem Wohlfühl-Programm die Wähler gewonnen. <

(Nachsatz: Ich habe mit meiner knappen Analyse viele Dinge überzeichnet und damit evtl. Missverständnisse heraufbeschworen. Vielleicht kann ich jedoch ein wenig zum Nachdenken anregen.)

Prof. Dr. Michael Hamann

Vorsitzender der AGS Niedersachsen.



Prof. Dr. Michael Hamann ist Vorsitzender der AGS Niedersachsen

WIRTSCHAFT

Breitband ist unterwegs. So langsam.

In Europa ist Deutschland Mittelmaß

Wie existenziell wichtig ein schneller Internetzugang ist, muss keinem Unternehmer erklärt werden: Kundenkontakt, Internetpräsenz, Vertrieb – ohne Netz geht nichts. Seit langem fordern die AGSNRW und ihre Mitglieder daher, den Breitbandausbau in ganz Deutschland voranzutreiben.

Auf diesem Gebiet tut sich nun einiges, offenbar hat die Politik eingesehen, dass eine schlechte oder langsame Internetanbindung ein echtes Hemmnis in der Geschäfts- und Unternehmensentwicklung darstellt.

So soll der Breitbandausbau Teil des Koalitionsvertrages zwischen SPD und CDU/CSU werden. Hier heißt es: „Der Breitbandausbau für ein schnelles Internet ist ein Schwerpunkt der ‚Digitalen Agenda 2013-2017‘. Bis spätestens 2018 sollen durch öffentliche Förderung flächendeckend 50 MBit/s verfügbar sein.“ Bis dahin sind es noch ein paar Jahre, aber ein erster Schritt ist getan.

In NRW wird ebenfalls daran gearbeitet, die Unternehmer vernünftig ans Netz zu bekommen. Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk, bringt es auf den Punkt: „Wir müssen die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts erhalten und ausbauen. Dafür brauchen wir flächendeckend hochleistungsfähige Breitbandnetze.“ Um dies möglichst zügig zu erreichen, wird Anfang 2014 der „Runde Tisch Breitbandausbau“ seine Arbeit aufnehmen. Unter der Regie des Wirtschaftsministeriums sollen hier „Konzepte und Hilfestellungen für Kommunen entwickelt und Hemmnisse beim Breitbandausbau erkannt und abgebaut“ werden.

Zudem sollen „geeignete Finanzierungsmodelle beraten werden sowie Informationsangebote, um lokale Breitbandinitiativen zu unterstützen“, so das Ministerium. An den „Runden Tisch Breitbandausbau“ sollen Vertreter der Landesregierung, der kommunalen Spitzenverbände, der zuständigen Telekommunikationsunternehmen und von Verbänden sitzen.

Das ist schon mal „Hilfe zur Selbsthilfe“ – die Analogie zur Entwicklungshilfe ist aus Unternehmersicht dabei durchaus berechtigt, im Vergleich zu anderen Ländern ist Deutschland (und damit auch NRW) im Breitbandausbau noch Entwicklungsland. Nordrhein-Westfalen hat mittlerweile eine nahezu flächendeckende Grundversorgung (2 MBit/s) mit Breitbandanschlüssen. Angestrebt wird jetzt der flächendeckende Zugang zu hochleistungsfähigen Breitbandnetzen (mindestens 50 Mbits/s) für alle Haushalte bis 2018.

➤ Nähere Infos unter www.nrw.de/...

Im EU-Ranking liegt Deutschland derzeit auf Platz 15 im Breitbandausbau, andere Länder sind da erheblich weiter. Auch kritisieren Fachleute, dass der Bedarf bereits in 5 bis 10 Jahren bei 100 Mbits/s liegen werde, die Planung jetzt schon zu kurz greife. In der vom Innenministerium des Bundes beauftragten Studie „Digitales Deutsch-

land“ wird zudem darauf hingewiesen, dass in anderen europäischen Ländern der Staat Hauptinitiator und Hauptfinanzierer des Breitbandausbaus sei, und nicht, wie in Deutschland geplant, staatliche Unternehmen. <

➤ Zur kompletten Studie des BMI

GROSSE KOALITION?

PRO:

„SPD in die Regierungsbeteiligung.“

Kommentar von Dr. Michael Dauskardt, stellv. Vorsitzender der AGSNRW

Sigmar Gabriel wird unseren Mitgliedern empfehlen, dem mit der CDU/CSU ausgehandelten Koalitionsvertrag die Zustimmung zu erteilen.

Das Ergebnis kann sich für die SPD durchaus sehen lassen, wenn man bedenkt, dass 75 % der wahlberechtigten Bevölkerung, die an der Bundestagswahl teilgenommen haben, die SPD nicht gewählt haben. Völlig weltfremd ist es zu erwarten, dass bei diesem Koalitionsvertrag die Forderungen der SPD in Gänze umzusetzen gewesen wären.

In den zwei wesentlichsten Forderungen konnte sich die SPD gegen den erklärten Widerstand der CDU/CSU durchsetzen:

- die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns in Höhe von 8,50 EUR die Stunde,*
- die abschlagfreie Rente mit 63 Jahren bei 45 Jahren Beitragsleistung.*

Von diesen Ergebnissen – von den zahlreichen anderen Forderungen der SPD, die im Koalitionsvertrag ihren Niederschlag gefunden haben, einmal abgesehen – werden hunderttausende von Menschen in unserem Land ganz konkret profitieren. Das sind zwei zentrale Wahlversprechen der SPD, die jetzt den Menschen zugutekommen können.

Wer jetzt den Koalitionsvertrag nur daraufhin untersucht, welche Forderungen der SPD nicht durchgesetzt werden konnten und dann Sigmar, Hannelore und unseren anderen gewählten Mitgliedern des Parteivorstandes die Soli-

darität verweigert, hat nicht verstanden, dass verantwortungsvolles Regierungshandeln immer das Ergebnis von Kompromissen ist. Das wäre auch bei einer Koalition mit den Grünen nicht anders gewesen.

Deshalb werbe ich dafür, dem Koalitionsvertrag zuzustimmen, auch wenn es an der einen oder anderen Stelle durchaus Schmerzen bereiten mag. Aber nur in einer Regierungsbeteiligung kann die SPD gestalten und sich den gewaltigen Herausforderungen, vor denen dieses Land steht, stellen und an deren Lösungen konstruktiv mitarbeiten.

Was wäre die Alternative, wenn sich die SPD-Mitglieder mehrheitlich gegen die Empfehlung unserer gewählten Vertreter und Vertreterinnen aussprechen würde? Entweder würde die CDU/CSU eine Koalition mit den Grünen eingehen – Hessen lässt grüßen. Dann wären SPD und die Linken die Opposition im Bundestag. Von machtvoller Opposition, von der etliche Genossinnen und Genossen träumen, könnte ja wohl kaum die Rede sein. Dann wäre die SPD nach vier Jahren wohl nur noch Folklore. <



*Dr. Michael Dauskardt
ist stellv. Vorsitzender
der AGSNRW*

GROSSE KOALITION?

CONTRA:

„Erst die Partei.“

Kommentar von Susanne Brefort, stellv. Vorsitzende der AGSNRW

Unsere Parteispitze wurde – mit einem ziemlich schlechten Ergebnis – in Leipzig wiedergewählt. Unsere SPD hat das zweitschlechteste Ergebnis in einer Bundestagswahl eingefahren. Die Partei ist, über alle Ebenen, gespalten, wie es nun weitergehen soll. Und jetzt noch regieren? Ich glaub, es hackt.

Natürlich liegt ein Koalitionsvertrag vor. Natürlich werden hier sozialdemokratische Forderungen formuliert und sollen auch umgesetzt werden. Viel gekostet hat es die CDU/CSU aber vermutlich nicht: die Christdemokratie hat sich in den letzten Jahren zur heimlichen Sozialdemokratie entwickelt, das mag uns Genossen gefallen oder auch nicht. Gebraucht wurden wir nicht, als Frau von der Leyen ein neues, modernes Familienbild etablierte. Wir werden aber auch in einer großen Koalition nicht verhindern können, dass das Betreuungsgeld bleibt.

Was kann die Sozialdemokratie in einer großen Koalition tun? Steigbügel halten. Zuerst für Angela Merkel natürlich, denn die bleibt Kanzlerin. Und natürlich: Ministerposten bekommen. Es ist schon beschämend, dass, bevor es noch um Inhalte ging, in der Presse kolportiert wurde, wieviele Ministerposten die SPD haben wolle. Das darf nicht sein!

Dass das eine oder andere Vorstandsmitglied oder die eine oder andere Generalsekretärin in Leipzig so dermaßen schlecht abgeschnitten hat, mag damit zusammenhängen: mit der Gier,

mit der manche nach der Macht greifen. Es mag auch damit zu tun haben, dass ein Wahlkampf geführt wurde, der unausgegoren, schlecht organisiert und voller Attacken hoher (und höchster, Sigmar!) Parteimitglieder gegen unseren Kanzlerkandidaten war. Es hat aber womöglich auch damit zu tun, dass wir als Partei nicht damit einverstanden sind, dass ausgerechnet diejenigen, die uns ein so schlechtes Ergebnis eingefahren haben, jetzt um Ministerämter drängeln.

Zuerst das Land, dann die Partei? Aber nicht, wenn eine Partei so offensichtlich nicht regierungsfähig ist, wie zur Zeit die unsere.

Gebt uns vier Jahre. Opposition. Gebt uns eine Führungsmannschaft, die ein paar Interessen mehr hat als das eigene Wohlergehen. Und lasst uns 2017 durchstarten. Ohne Große Koalition. In die Regierung. <



Susanne Brefort ist stellv. Vorsitzende der AGSNRW

AUSBILDUNG

DGB: „Zweiklassengesellschaft Ausbildungsmarkt“

Ausbildungsreport zeichnet trauriges Bild

Der im September veröffentlichte Ausbildungsreport der DGB-Jugend zeichnet ein trauriges Bild von der Ausbildungssituation im Land: eine Zweiklassengesellschaft zeichnet sich ab. Insbesondere Hauptschulabsolventen sind z. T. vom Ausbildungsmarkt ganz oder teilweise abgeschnitten, sie ziehen bestimmte Ausbildungsberufe schon nicht mehr in Betracht.

Während ein Teil der Jugendlichen bereits vom sich abzeichnenden Fachkräftemangel profitiert, schafft es rund ein Drittel der Bewerber gar nicht, überhaupt in ein Ausbildungsverhältnis zu kommen.

Elke Hannack, stellvertretende DGB-Vorsitzende, hierzu: „Die anderen werden mit Alternativen und Abstellgleisen abgespeist, zum Beispiel den Maß-

nahmen im Übergangsbereich – im Jahr 2012 waren 266.000 junge Menschen betroffen. 1,4 Millionen Jugendliche zwischen 20 und 29 haben keine Ausbildung und keinen berufsqualifizierenden Abschluss.“

Viele Betriebe klagen über Fachkräftemangel – bilden zugleich aber weniger aus: in 2012 ist die Ausbildungsquote auf 21,7 % gesunken. „Weniger

ausbildende Betriebe, weniger Ausbildungsverträge – das passt einfach nicht zusammen mit den Klagen mancher Betriebe und Branchen über den drohenden Fachkräftemangel. Wo sollen denn die Fachkräfte von morgen herkommen, wenn immer weniger Betriebe ausbilden? Wer nicht sät, kann auch nicht ernten.“

➔ Ausbildungsreport des DGB

Bundesweit vorzeigbar:

Die Qualität der dualen Ausbildung

„Die duale Ausbildung in Deutschland ist qualitativ gut und damit vorzeigbar“ – zur diesem Schluss kommt der Westdeutsche Handwerkskammertag WHKT in seinem „REPORT“ (11/2013). Dort heißt es:

Die Qualität der dualen Ausbildung ist für die Handwerkskammern ein bildungspolitisches Dauerthema, da sie im Rahmen ihrer hoheitlichen Tätigkeit die Ausbildung unterstützen und überwachen. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Nachwuchssicherung im demografischen Wandel positionieren sich die Handwerkskammern mit ihrem in der WHKT-Vollversammlung von Arbeitgeber, Arbeitnehmern und Hauptamt einstimmig beschlossenen Papier zu bedeutenden Aspekten der Qualität in der Ausbildung. Diese Qualität hängt immer von den Kompetenzen und Einstellungen der jeweils beteiligten Personen ab, d. h. von betrieblichen Ausbildern, Auszubildenden, Lehr-

kräften in der Berufsschule und Ausbildern in der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung – und natürlich von den sachlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen. Auch spielt die Leistungsbereitschaft und das Leistungsvermögen der Auszubildenden eine maßgebliche Rolle.

Es gibt eine Menge konkreter Aspekte hinsichtlich der Lernorte *Betrieb* und *Berufsschule* sowie der Abschluss- bzw. Gesellenprüfung, die in der Grundsatzposition in den Blick genommen werden. Sie haben einen wichtigen Einfluss auf die Qualität der Ausbildung. Zu den Aspekten für den *Lernort Betrieb* zählen Ausbildungsberechtigung, Ausbildungsberatung, Prüfung von

Ausbildungsverträgen, Ausbildungsnachweise, Verkürzung/Verlängerung der Ausbildungsdauer, Überbetriebliche Lehrlingsunterweisung (ULU) u. a., für den *Lernort Schule* Fachklassenbildung, Fachlehrkräfte und Lernfeldkonzept und für die *Prüfung* Ermächtigung von Innungen, Besetzung der Prüfungsausschüsse, Schulung von Prüfungsausschussmitgliedern, Niveau der Prüfungen, Durchfallquoten und Prüfungsbestimmungen. Das komplette WHKT-Papier ist erhältlich per E-Mail an

➔ andreas.oehme@handwerk-nrw.de

Die AGS sieht es als eine ihrer Aufgaben an, das Duale Ausbildungssystem politisch zu unterstützen und bei der Weiterentwicklung zu begleiten.

FINANZEN

Auswirkung Basel III

Land unterstützt Unternehmen mit breitem Angebot

Berlin. Experten aus Unternehmen, Finanzwirtschaft und Wissenschaft haben am Donnerstag darüber diskutiert, wie sich das Regelwerk Basel III für Banken auf die Finanzierung des Mittelstandes auswirkt. Was kommt auf kleine und mittlere Unternehmen zu? Mit welchen Maßnahmen gilt es auf mögliche Finanzierungsprobleme zu reagieren?

Mit Blick auf die Struktur der Wirtschaft in NRW betonte Staatssekretär Dr. Günther Horzetzky: „Die Kreditversorgung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstands, muss ein wesentliches gesamtwirtschaftliches Ziel bleiben. Denn die kleinen und mittleren Unternehmen sind das Rückgrat unserer Wirtschaft und haben sich in der Krise als stabilisierend, widerstandsfähig und dynamisch erwiesen.“

Das Regelwerk Basel III ist eine Reaktion auf die Finanzkrise und tritt ab 2014 schrittweise in Kraft. Es beinhaltet strengere Richtlinien für Banken und soll diese dazu zwingen, bei der Vergabe von Krediten mehr Vorsicht walten zu lassen. Insbesondere werden die Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung und Liquidität der Banken erhöht. Schon jetzt zeichnen sich Auswirkungen ab: Banken agieren bei der Vergabe langfristiger Kredite zurückhaltender und achten verstärkt auf die Bonität ihrer Kunden.

Nordrhein-Westfalen hatte sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass für Mittelstandskredite künftig kein höheres Eigenkapital vorgehalten werden muss. Dramatische Verwerfungen seien daher nicht zu befürchten, sagte Prof. Dr. Christoph Kaserer, Lehrstuhl für Finanzmanagement und Kapitalmärkte

der Technischen Universität München (TUM). Gleichwohl dürfte es für kleine und mittelständische Firmen schwerer und teurer werden, langfristige Darlehen zu erhalten. „Unternehmen müssen dem Thema Finanzierung wieder mehr Aufmerksamkeit widmen, um langfristige Finanzierungen sicherzustellen“ forderte Hans-Jürgen Alt, Geschäftsführer des VDMA NRW und Clustermanager von ProduktionNRW.



Dr. Günther Horzetzky ist Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk in NRW. (Foto: © MWEIMH)

Die Landesregierung unterstützt gemeinsam mit der NRW.BANK und der Bürgschaftsbank Nordrhein-Westfalen den Mittelstand mit dem gesamten Spektrum kreditwirtschaftlicher Förderprodukte. So bietet die NRW.-BANK zum Beispiel Eigenkapitalhilfen und zinsgünstige Förderkredite, die mangelnde Sicherheiten gegenüber den Hausbanken durch Haftungsfreistellungen ausgleichen, wie Klaus Neuhäus, Mitglied des Vorstands der NRW.-BANK, erläuterte. Ergänzt wird das Angebot durch Bürgschaften der Bürgschaftsbank NRW. <

Informationen zum Förderangebot der NRW.Bank gibt es im Internet unter www.nrwbank.de/foerderlotse.

(Quelle: Presseerklärung des MWEIMH NRW vom 10.10.2013)

HANDWERK

Fachgespräch der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin: Strukturwandel im Handwerk

Der Arbeitskreis Mittelstand der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) betreibt das Projekt „Der Strukturwandel im Handwerk als Herausforderung für Betriebe, Beschäftigte und Politik“. Dazu fand am 27.11.13 in Berlin in den Räumen der FES ein Fachgespräch statt.

„DIE HANDWERKLICHE SELBSTVERWALTUNG ZUKUNFTSFÄHIG GESTALTEN“

Als Gast nahm der Landesvorsitzende der AGSNRW, André Brümmer an der Veranstaltung teil.

Die etwa 6.000 Organisationen des Handwerks haben im Rahmen der Selbstverwaltung vom Staat einige hoheitliche Aufgaben übertragen bekommen, z.B. die Vertretung des Handwerks in Politik und Dienstleistungen wie die Organisation der Ausbildung. Damit ist auch eine Pflichtmitgliedschaft verbunden. Diese wird immer wieder von einigen Unternehmen in Frage gestellt. Insbesondere Betriebe, die selbst nicht ausbilden oder aus anderen Gründen die Dienstleistungen der HWK nicht direkt in Anspruch nehmen, gehören zu den Kritikern einer Pflicht-Mitgliedschaft.

Es ist so wie mit der Steuerpflicht in einem Solidarsystem: Wer nicht erkennen kann, dass mit den gezahlten Steuern direkt persönliche Vorteile sichtbar sind, zahlt die Steuern noch unwilliger und hinterfragt deren Sinn. Es sind oft die gleichen Betriebe, die selbst nicht ausbilden, Vorteile für sich nutzen wie ausgebildeten Nachwuchs, aber ihren Solidarbeitrag verweigern. Es wird behauptet, dass privatrechtliche Organisationen auf freiwilliger Basis die Aufgaben genauso oder besser erledigen könnten. Dabei wird

aber nicht berücksichtigt, dass private Dienstleister Gewinne erwirtschaften müssen und die Arbeit bei den Kammern und Handwerksorganisationen in hohem Maße ehrenamtlich geleistet wird. Diese ehrenamtliche Arbeit müsste von privaten Anbietern teuer bezahlt werden.

Den Kritikern der Selbstverwaltung im Handwerk kann man zudem unsolidarisches Verhalten vorwerfen. Um den Vergleich mit dem Steuerzahler nochmals zu bemühen: Niemand zahlt gerne Steuern, aber deren Erhebung ist für das Gemeinwesen Staat unabdingbar. Auch hier kann man sich keine Einzelleistungen aussuchen und statt Steuern einzeln bezahlen.

Das System der Selbstverwaltung wird aber an Akzeptanz gewinnen, wenn es sich ständig reformiert.

Aus der Einladung ergeben sich die Ziele der Veranstaltung: Im Rahmen des Fachgesprächs soll erörtert werden, wie es um die handwerkliche Selbstverwaltung aktuell tatsächlich bestellt ist und welche Anforderungen an eine Reform der Selbstverwaltungsstrukturen gestellt werden müssen.

Leitfragen:

- Ist das Handwerk mit bundesweit ca. 6.000 Organisationseinheiten überorganisiert? Inwieweit ist eine Verschlingung der Organisationslandschaft notwendig?

- Wieweit ist die Stützung und Förderung der Mitgliedsbetriebe durch die Handwerksorganisationen für den einzelnen Betrieb positiv spürbar?
- Welche Folgerungen sind aus der zunehmenden Schwäche der Innungen und Kreishandwerkerschaften zu ziehen?
- Für welche Handwerksorganisationen ist die Verfasstheit als Körperschaft des öffentlichen Rechts tatsächlich angemessen? Was könnte ggf. auch auf privatrechtlicher Basis funktionieren?
- Wie transparent und demokratisch agieren die Organisationen der handwerklichen Selbstverwaltung? Sind Querfinanzierungen zwischen den Organisationen zulässig und akzeptabel?
- Ist eine erweiterte Mitwirkung der Arbeitnehmer in der handwerklichen Selbstverwaltung erforderlich, und wenn ja: wie kann diese erreicht werden?
- Inwieweit erwachsen aus der personellen und organisatorischen Verflechtung der Spitzengremien des Handwerks Probleme, insbesondere im Hinblick auf die politische Interessensvertretung.

Viele Fragen, die Antworten darauf ergaben sich im Verlauf der Veranstaltung. Die Fortsetzung dieses Artikels befindet sich aus Platzgründen auf unserer Website:

➔ Zum vollständigen Artikel im Netz

NACHRUF

HG Butzko:

Zum Tode von Dieter Hildebrandt



So, Dieter, jetzt bist Du also von uns gegangen. Mit 86 Jahren. So alt muss man erst mal werden. Vor allem, wenn man bis zuletzt hellwach war, und blitzgescheit. Das Leben hat Dich beschenkt, und Du hast dieses Geschenk komplett an uns weiter verschenkt, bis zuletzt. Trotzdem war es mit 86 zu früh. Meinetwegen hättest Du 106 werden dürfen. Das erste mal, dass ich Dich gesehen habe, da war ich um die 18 Jahre alt und guckte den Scheibenwischer. Und auch wenn man sich in dem Alter für viele andere Dinge interessiert, für das, was Du uns erzählen wolltest, hattest Du meine ungeteilte Aufmerksamkeit. Du bist mit Sicherheit nicht unschuldig daran, dass ich Kabarettist geworden bin, wie auch so viele meiner Kolleginnen und Kollegen. Das erste mal, dass Du mich gesehen hast, da bist Du heimlich in mein Programm gekommen, ohne Anmeldung, ohne Vorbestellung. Listig. Lieb listig, so warst Du. Plötzlich standest Du nach der Vorstellung vor mir und ludst mich ein, mit Dir noch ein wenig zusammen zu sitzen. Mir ist das Herz in die Hose gerutscht. Und dann haben wir uns an einen Tisch gesetzt. und Du hast Dich wirklich mit dem auseinander gesetzt, was ich auf der Bühne gemacht habe. Keine Floskeln, keine Phrasen, sondern Inhalte, Themen, Details, nichts war Dir entgangen. Und die ganze Zeit hattest Du dieses Funkeln in den Augen, und dieses Vergnügen in der Stimme. Vor allem, als Du dann auch noch die Namen aller Schalker Spieler der Meistermannschaft von 1937 aufgesagt hattest, das war der Moment, wo ich fast rücklings vom Stuhl gekippt bin.

Und dann hast Du mich eingeladen, bei Deinem Internetfernsehen „Störsender“ mit zu machen. Der älteste Kabarettist Deutschlands bediente sich des jüngsten Mediums. Auch das warst Du. Offen und neugierig. Bis zuletzt. Und natürlich habe ich sofort zugesagt. Du hättest mich auch bitten können, auf Papua Neuguinea Backsteine gegeneinander zu kloppen, ich hätte alles stehen und liegen gelassen, um dabei zu sein.

Und nach nicht mal einem Jahr lässt Du uns mit diesem Projekt alleine. So, als wolltest Du sagen: „Dann zeigt mal, dass Ihr es jetzt ohne mich drauf habt.“

Wir werden unser bestes geben, darauf kannst Du Dich verlassen. Auch wenn es jetzt schwer wird, weil es natürlich nicht mehr das ist, was es mit Dir war.

Du bist jetzt da, wo der Neuss ist, der Beltz, der Hüscher, der Kittner, und der Franz Josef Strauß. Ich glaube, der hat sich die ganze Zeit vor Deinem Ableben gefürchtet. 25 Jahre hatte er im Jenseits seine Ruhe. Damit ist jetzt Schluss. Und das ist von allen tröstenden Gedanken der versöhnlichste. Mach ihm schön die Hölle heiß. <

– HG Butzko



HG Butzko ist Jahrgang 1965, Kabarettist und ein echter Schalker Jung. Seit 1997 auf Tour, wird sein erstes Solo-Programm „Butzkolonne“ direkt preisgekrönt. Seitdem ist HG Butzko auf zahllosen Bühnen unterwegs, kann auf etliche Fernseh- und Hörfunkauftritte verweisen, und auch ein Buch hat er veröffentlicht, mit dem Titel „Geld oder Leben“. HG Butzko erhält 2014 den Deutschen Kleinkunstpreis in der Sparte „Kabarett“ und mit dem aktuellen Programm „Herrschaftszeiten“ tourt er zur Zeit durch Deutschland. Wer ihn auf der Bühne erleben oder einfach mehr über ihn erfahren möchte, geht auf <http://www.hgbutzko.de>.

Foto von Dieter Hildebrandt:

Christoph Vohler unter http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Dieter_Hildebrandt_August_2010.jpg

Foto von HG Butzko: www.hgbutzko.de, mit Erlaubnis des Künstlers

KURZ & GEMISCHT TERMINE

Wirtschaftsministerium NRW goes modern

Neue Facebook-Seite mit aktuellen Meldungen

Unter Minister Garrelt Duin geht das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk in NRW neue Wege: ab sofort informiert das Ministerium immer aktuell über seine Facebook-Seite. Einfach die Seite liken und aktuell informiert sein!

➤ Das Ministerium bei Facebook

Auch die AGSNRW ist – als Gruppe – auf Facebook vertreten, unter der folgenden Adresse:

➤ Die AGSNRW bei Facebook <

Frau & Beruf

Internetauftritt „Familien-ernährerin“

Eine interessante Seite für alle berufstätigen Frauen, insbesondere für diejenigen, die von ihrer Arbeit eine Familie ernähren (müssen):

➤ <http://www.familienernaehrerin.de/>

Hier geht es u. a. um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Publikationen kann frau/man sich bequem herunterladen. <

Nachtrag: 60 Jahre AGS Geschichte der AGS zum Download

Die AGS feierte ihr 60-jähriges Bestehen, wir berichteten in unserer letzten Ausgabe darüber. Es gab aus den Reihen der Gäste viel Lob und Anerkennung. Und es war eine gute Gelegenheit, über uns zu sprechen und Werbung für uns zu machen.

Großes Interesse fand der Beitrag unseres Ehrenvorsitzenden Jürgen Vahlberg zur Geschichte der AGS. Es kamen Anfragen, ob die Rede irgendwo nachzulesen wäre. Das ist möglich auf unserer AGSNRW-Internetseite unter „Infomaterial“, oder auch hier direkt zum Download:

➤ Festrede von Jürgen Vahlberg

Denjenigen, die an dieser Feier mitgewirkt und zu ihrem Gelingen beigetragen haben, sei hier nochmals herzlich gedankt. Dr. Fuhrmann und seine „guten Geister“ der HWK Düsseldorf haben bereits ein schriftliches „Danke-schön“ erhalten. Aber auch unseren „Hauptamtlichen“ in Düsseldorf und Berlin an dieser Stelle ein großes Lob für ihre Unterstützung! <

01.-06.12.2013

Themenwoche zum Mitgliederentscheid SPD Essen

03.12.: Rolf Mützenich, MdB, zu den Themen „Auswärtiges, Verteidigung und Entwicklungszusammenarbeit“. 18-20 Uhr, AWO-Treff Bergerhausen (Weserstr. 82)

04.12.: Oliver Scheytt zu den Verhandlungsergebnissen der Arbeitsgruppe „Kultur und Medien“

19-20:30 Uhr, Ratssaal des Alten Rathauses Bredeney (Bredeneyer Straße 131)

05.12.: Axel Schäfer, MdB, zu „Bankenregulierung, Europa, Euro“

19-21 Uhr, Gaststätte „Peli“, Bootshaus des TVK 1877 e.V. (Kampmannbrücke 1).

06.12.: Anette Kramme, MdB, zu „Sozialpolitik“

18-20 Uhr, Café Forum-Apostelkirche Frohnhausen (Mülheimer Str. 70-72)

13.12., 19:00 Uhr, AGS Gelsenkirchen Weihnachtsessen

Anmeldungen bei Eva Maria Siuda via E-Mail ➤ siuda@ags-gelsenkirchen.de Pizzeria „La Sicilia“, Königstr. 44, 45881 Gelsenkirchen

18.12., 19:00 Uhr, AGS Bottrop

Gänsebeinessen – mit Rotkohl & Klößen

Anmeldung bei Susanne Brefort via E-Mail an ➤ kontakt@ags-bottrop.de Restaurant „The Cottage“, Herzogstr. 58, Bottrop



Die AGSNRW wünscht allen Mitgliedern und Freunden friedvolle Weihnachtstage und ein erfolgreiches und gesundes Jahr 2014!

Die nächste Ausgabe der AGS:NACHRICHTEN erscheint Anfang Januar 2014, Redaktionsschluss ist der 30.12.2013. Artikel, Terminhinweise, Fotos/Grafiken und Leserzuschriften bitte an die Adresse ➤ redaktion@ags-in-nrw.de senden.



**SELBSTÄNDIG.
VERANTWORTLICH.
SOLIDARISCH.**

Die AGS in NRW.

Bis zur nächsten Ausgabe!

André Brümmer

Vorsitzender der AGSNRW

